

# Monatsspiegel



November  
2003

## Erlangen

## Jugend - Arbeit - Zukunft (JAZ)

- eine Initiative aus Wirtschaft, Arbeit, Politik und Sozialem

von Ute Maier

Neben den klassischen Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung gewinnt mehr und mehr die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmarktförderung als Instrument zur Beeinflussung der kommunalen Arbeitslosenquote an Bedeutung. Die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmarktförderung als eigener Tätigkeitsschwerpunkt bildete sich erst in den vergangenen Jahren mit der Gründung kommunaler Beschäftigungsgesellschaften. Diese verfolgen das Ziel der Integration von Sozialhilfeempfänger vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt, was eine erhebliche Entlastung für den kommunalen Haushalt darstellt. Die seit geraumer Zeit steigenden Arbeitslosenzahlen und die zunehmende Zahl der Sozialhilfeempfänger kann mit kommunalen Beschäftigungsförderungsgesellschaften alleine nicht mehr abgefangen werden, so dass eine Veranke-

rung des Schwerpunktes Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmarktförderung innerhalb des städtischen Wirtschaftsreferates als zielführend erschien.

Ein weiteres Handlungsfeld ergibt sich durch die kontinuierliche Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit. Für einen erfolgreichen Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung sind neben anderen Faktoren auch strukturelle verantwortlich, deren Wirkung kaum durch eigene Anstrengung der Jugendlichen verbessert werden kann: eine Lehre im dualen System und zwar in einem weniger krisenanfälligen Beruf und in einem Großbetrieb.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung von Handlungsinstrumenten jedoch schwierig im Hinblick auf begrenzte Ressourcen zum einen, und zum anderen sind im Prozess Bildung

- Ausbildung - Erwerbstätigkeit mehrere Institutionen mit je spezifischen Zielsetzungen beteiligt. So erscheint eine Kooperation von arbeitsmarktpolitischen Akteuren als Weg zur Entwicklung von Lösungsmodellen.

Aus diesem Grunde wurde in Erlangen JAZ (Jugend, Arbeit, Zukunft), eine institutionsübergreifende Kooperation, vom Wirtschaftsreferat der Stadt Erlangen im März 2002 ins Leben gerufen. Jede der beteiligten Organisationen, Arbeitsamt, Schulen, Gewerkschaft, Unternehmen, Bildungsträger und Kammern hat (im weitesten Sinne) die Aufgabe, Menschen in Gesellschaft und Arbeit zu integrieren. Diese Institutionen üben somit Einfluss auf den Arbeitsmarkt über Aus- und Weiterbildung aus. Durch Verzahnung dieser Bereiche sollen die Anforderungen schnittstellenübergreifend trans-

## Termine

### November

<b>4</b>	<b>20.00</b>	<b>FSV Bruck</b>	<b>Kreismitgliederversammlung</b>	<b>S. 4</b>
4	20.00	Gaststätte Rangau	Distrikt Dechsendorf: Haushalt 2004	S.8
5	20.00	Deutsches Haus	AsF: Kulturarbeit	S.12
11	20.00	Schloßgaststätte	Distrikt Tennenlohe: Parteireform	S. 10
12	19.00	Angerwirt	AK Gesundheit	S. 13
13	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus: Nachwahlen	S. 12
13	20.00	Spielvereinigung	Distrikt Ost: Parteireform	S.9
13	20.00	Röthelheimbiergarten	Distrikt Süd: Parteireform	S. 10
13	20.30	Mohrenkopf, Schiffstr.	Distrikt Innenstadt: Parteireform	S.9
18	20.00	Angerwirt	Distrikt Anger: Bebauungsplan	S.8
18	20.00	Schützenheim	Distrikt Eltersdorf	S.8
19	20.00	BSC, Schallershofer Str.	Distrikt West: Parteireform	S. 11
<b>20</b>	<b>20.00</b>	<b>Turnerbund</b>	<b>Kreismitgliederversammlung</b>	<b>S. 5</b>
28	20.00	Mohrenkopf	Linkes Forum mit H. Schmidbauer	S.13
<b>Dezember</b>				
2	20.00	Deutsches Haus	Kreisvorstand	
3	20.00	Kulisse	AsF: Gesundheitsreform	S. 12
<b>18</b>	<b>20.00</b>		<b>Kreismitgliederversammlung</b>	
19	19.00	Frauzentrum	AsF: Weihnachtsfeier	S.12

Unternehmen der Finanzgruppe



Ein Service, der Sie keinen Cent kostet!

**AKTIVSPAREN -**  
**DAS NEUE SB-SPARKASSENBUCH**

  
**SPARKASSE ERLANGEN**  
www.sparkasse-erlangen.de

Rund um die Uhr Spar-Kontoauszüge und Bargeld vom Aktivsparen-Konto mit Ihrer SparkassenCard. Da macht Sparen Spaß. Wenn's um Geld geht - Sparkasse

parent gemacht werden und daraus resultierend innovative Lösungswege entwickelt werden, die dazu geeignet sind, Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dabei wird davon ausgegangen, dass jeder über ein hohes Maß an Expertenwissen verfügt und dieses verwoben mit anderem Wissen einen Prozess zur Entwicklung innovativer Maßnahmen anstößt. Ziel ist dabei die Generierung neuen Wissens über kritische Punkte im Übergang von Schule und Beruf im Hinblick auf Lösungsmöglichkeiten.

**Die Gründung**

Am 06.März 2002 wurde JAZ vom Wirtschafts- und Arbeitsreferenten Vertretern von Arbeitsamt, Sozialamt, Schulen, Berufsschule, Gewerkschaft, Kammern und Bildungsträgern, sowie Arbeitgebern und Politik vorgestellt.

Die Vertreter benannten Mitarbeiter zur Vertretung in die einzelnen Arbeitskreise Jugend, Arbeit und Zukunft. Die Gemeinsamkeit aller JAZ-Akteure ist das Bemühen, Veränderungen in den Einsichten, Einstellungen und Fertigkeiten der jugendlichen Teilnehmer zu erzielen, mit dem Ziel der Integration in das Gesellschafts- und Arbeitsleben. Die drei Arbeitskreise erarbeiteten mittels der open space Methode in jeweils drei Workshops erste Lösungsansätze.

So befasste sich der AK Jugend schwerpunktmäßig mit der Problemstellung entlang des Überganges Schule - Beruf. Aber auch die Berufswahlreife und Zugangsvoraussetzungen wurden diskutiert und inhaltlich ergänzt durch exemplarische Nennung einiger Ergebnisse der Shell-Studie, wie z.B. Zukunftseinstellung, Berufs- und Familienorientierung sowie Werte. Die Jugendlichen leben kein entweder-oder, sondern ein sowohl-als-auch, d.h. die Werte werden je nach Situation unterschiedlich gewichtet. Im jugendlichen Wertecocktail sind Autonomie und Solidarität nebeneinander wirksam, sie schließen sich nicht aus.

Im AK Arbeit wurden die Schwierigkeiten zur Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in das Erwerbsleben ebenso thematisiert wie Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und daraus resultierend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Notwendigkeit einer Berufswegeplanung, Weiterbildung und Wissensmanagement waren Gegenstand der Diskussion im Arbeitskreis Zukunft.

Als Daueraufgabe wurde die Vernetzungsarbeit i.S. einer Brücke zwischen Schule und Arbeitswelt, diese institutionalisiert mit dem Ziel des Aufbaus einer Präventionsarbeit gesehen. Dabei stehen sowohl die Bündelung vorhandener Ressourcen als auch die Entwicklung eines förderfähigen Projektes zur Beratung und sozialpädagogischen Begleitung benachteiligter Jugendlicher im Übergang Schule - Beruf im Vordergrund.

Um die notwendigen personellen finanziellen Ressourcen für die Vernetzungsarbeit gewährleisten zu können, wurde im Rahmen einer Kick-Off-Veranstaltung ein Jahr später die Vereinsgründung beschlossen. Ziel des Vereins ist die Schaffung eines zusätzlichen Angebotes an Ausbildungsstellen. Daneben verfolgt der Verein noch die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Ausbildung und die Entwicklung von Instrumenten zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft.

Eine fundierte berufliche Qualifizierung ist eine immer wichtigere Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsmarkt. Die Entwicklung des Beschäftigungssystem hat in den vergangenen Jahren zu steigenden Qualifikationsanforderungen, verbunden mit einem Verlust an Arbeitsplätzen für nicht oder nur gering qualifizierte geführt.

Eine positive Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen hängt in entscheidendem Maße davon ab, ob es ihnen gelingt, selbständig ihren Lebensunterhalt durch eine berufliche Tätigkeit zu bestreiten und in dieser Beschäftigung Sinn, Zukunftsperspektive und Selbstbestätigung finden zu können.

Im Lebenslauf zu verzeichnende Brüche und Übergangsschwierigkeiten von einem Status in den anderen bedürfen zur Entwicklung von Lösungswegen die Einbeziehung vor- und nachgelagerter institutionell verankerter "Stationen".

Die erste Aufgabe des Vereins war die Konzeption eines Projektes zur Ent-

wicklung und Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsstellensituation. Dafür wurden Fördermittel beim Bayerischen Arbeitsmarktfond und Europäischen Sozialfond beantragt. Die Kernaufgaben sind:

- Akquisition zusätzlicher Ausbildungsstellen
- Initiierung und Durchführung von Verbundausbildungssystemen
- Beratung von Unternehmen in Ausbildungsfragen in Kooperation mit den Kammern und
- Entwicklung von Angeboten zur Prävention von Lehrstellenabbrüchen.

Die Anbindung des Projektes im JAZ e.V. garantiert Synergieeffekte durch die Beteiligung unterschiedlicher Akteure (Kammern, Schulen, Berufsschulen, Arbeitgeber und Gewerkschaften) hinsichtlich der Aufgabenstellung. Die bereits in den Arbeitskreisen gesammelten Daten werden zur Verfügung gestellt und daraus können zusätzliche Anreize für Ausbildung generiert werden. Beispielhaft erwähnt sei hier die Möglichkeit des Angebotes einer sozialpädagogischen "Feuerwehr", die mediativ auftretende Konflikte im Ausbildungsverhältnis bearbeitet und so zum einen zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen beiträgt und zum anderen dem Betrieb eine zusätzliche Unterstützung anbietet.

**Redaktionsschluss  
für den nächsten Monatsspiegel  
Ausgabe Dezember 2003  
20. 11. 2003**

**neue Adresse:**

**monatsspiegel@spd-erlangen.de**

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
Anträge	6
Aus den Distrikten	8
Aus den Arbeitsgemeinschaften	12
Aus den Arbeitskreisen	13
Leserbriefe	14
Geburtstage	15
Aus dem Stadtrat	16
Rückblick	19

Das Know-How der Mitglieder und die Aufgaben von EMA decken somit sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite ab.

Eine unmittelbar quantifizierbare Wirkung auf dem Arbeitsmarkt ist gerade im Segment Ausbildung und Jugendliche schwer angebar. Findet der Jugendliche keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, so wird er sporadisch mit Unterbrechung jeweils das soziale Sicherungssystem belasten. Dies zum einen dadurch, dass er selbst Leistungen bezieht, zum anderen dadurch,

dass Einzahlungen ausbleiben. Auch unter dem Blickwinkel Integration ist es eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die Jugendlichen Chancen erhalten, sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen zu können. Da sich unsere Gesellschaft im wesentlichen über Arbeit definiert, sind die langfristigen Folgen einer Desintegration junger Menschen auf Dauer nicht absehbar.

Der Verein setzt sich zum Ziel, sich der schwierigen Situation auf dem Ausbil-

dungsmarkten auch unter Berücksichtigung der Qualität seitens der Nachfrage zu stellen und bedarfsorientierte Maßnahmen zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen.

Mehr Informationen: [www.jaz-erlangen.de](http://www.jaz-erlangen.de)

(Ute Maier ist Mitarbeiterin in der Stadtverwaltung - Amt für Wirtschaft und Liegenschaften)

# Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

Lt. Beschluss der KMV vom 16. Oktober entfällt die Kreisvorstandssitzung (KV) im November. Dafür laden wir Euch herzlich zu einer zusätzlichen Mitgliederversammlung ein:

am

**Donnerstag, 4. November 2003, 20.00 Uhr,  
FSV Bruck, Tennenloher Str.**

Wir schlagen Euch als **Tagesordnung** vor:

- 1. Aktuelles**
- 2. Bundesparteitag - Diskussion der Leiteträge**
- 3. Anträge**
- 4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
- 5. Verschiedenes**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

# Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich zu unserer Mitgliederversammlung im November ein:

am  
**Donnerstag, 20. November 2003, 20.00  
 Uhr,  
 Turnerbund, Spardorfer Str. 68**

Wir schlagen Euch als **Tagesordnung** vor:

1. Aktuelles
2. Förderung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen, JAZ Jugend Arbeit Zukunft: Ute Maier, Stadt Erlangen
3. Bericht aus dem Landtag, Wolfgang Vogel MdL
4. Anträge
5. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
6. Verschiedenes

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 23.10.2003

## **SPD stellt zwei Ausschussvorsitzende und sieben Vize**

Die Fraktionsspitzen von CSU, SPD und Die Grünen haben sich heute darauf geeinigt, wer den Vorsitz respektive Vize-Vorsitz der 12 Landtagsausschüsse übernimmt.

Die SPD-Landtagsfraktion wird zukünftig zwei Ausschußvorsitzende

und sieben stellvertretende Ausschussvorsitzende stellen.

Vorsitzende:

Joachim Wahnschaffe (Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik)

Franz Schindler (Ausschuss für Verfassungen, Rechts- und Parlamentsfragen)

Stellvertretende Vorsitzende (u.a.)

**Christa Naaß** (Ausschuss für den Öffentlichen Dienst)

**Wolfgang Vogel** (Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur)

Antrag an die Sonder-Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen am 04.11.2003 (initiativ)

# Rentenkürzung: Nicht mit uns!

Antragsteller: Philipp Dees

AdressatInnen: SPD-Unterbezirksausschuss, SPD-Bundestagsfraktion

**Die SPD Erlangen lehnt die von der Bundesregierung auf ihrer Klausur am 19.10. beschlossene faktische Rentenkürzung ab. Er fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, die Umsetzung der Pläne zu verhindern.**

## 1. Rentenkürzung - sozialpolitisch verfehlt

Die geplante Rentenkürzung ist sozialpolitisch eine Katastrophe. Die Rentnerinnen und Rentner haben durch Beitragszahlung während ihrer Erwerbstätigkeit einen Anspruch auf Rentenzahlung erworben. Dazu gehört auch, dass ihre relative Einkommensposition gewahrt bleibt. Dazu sind regelmäßige Rentenerhöhungen notwendig. Wenn nun die Erhöhung nur noch nach Kassenlage erfolgt (oder eben nicht erfolgt), dann werden RentnerInnen von Anspruchsberechtigten zu BittstellerInnen degradiert. Ein solcher Schritt ist sozialpolitisch nicht zu verantworten.

Mit der Rentenkürzung ist eine dauerhafte Senkung des Rentenniveaus verbunden, da auch der beim Renteneintritt über die Höhe der Altersrente entscheidende aktuelle Rentenwert nicht erhöht wird. Dazu kommt noch die Absenkung des Rentenniveaus durch den geplanten "demographischen Faktor". Diese Absenkung des Rentenniveaus führt dazu, dass in Zukunft für viele RentnerInnen die Rente nicht mehr zur Deckung ihres Lebensunterhalts ausreichen wird. Sie werden zu SozialhilfeempfängerInnen. Damit wird die Akzeptanz des gesetzlichen Rentensystems gefährdet.

## 2. Rentenkürzung - wirtschaftspolitisch unverantwortlich

Die geplante Rentenkürzung schwächt die Konjunktur und wird so die Arbeitslosigkeit erhöhen. Wenn die Renten gekürzt werden, geht der Konsum zurück, die Einnahmen der Unternehmen fallen, dadurch sinkt das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosigkeit

steigt weiter. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit führt wiederum zu Einnahmeausfällen in der Rentenversicherung. Deshalb ist die Rentenkürzung ökonomisch unverantwortlich - gerade auch gegenüber der jungen Generation, die von den geringen Wachstumsraten am meisten betroffen ist, weil dies Verteilungsspielräume in der Zukunft vernichtet.

Der Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass nicht nur der Konsum der RentnerInnen zurückgehen wird. Den aktuell oder zukünftig Erwerbstätigen wird vermittelt, dass sie im Alter nur mit einer geringen Rente zu rechnen haben. Dieser Personenkreis wird daher vermehrt sparen. Auch dies führt zu einem massiven Rückgang der Konsumquote und damit zu den oben beschriebenen Konsequenzen. Der durch das vermehrte Sparen verursachte Fall der Zinsen wird diesen Effekt nicht aufwiegen - im Gegenteil: Bei den ohnehin schon niedrigen Zinsen und der niedrigen Konsumrate werden die noch niedrigeren Zinsen nicht zu das Angebot steigernden Kapazitätsausweitungs-, sondern zu Rationalisierungsinvestitionen genutzt werden - also dazu, Menschen durch Maschinen zu ersetzen. Auch dies wird zu mehr Arbeitslosigkeit und damit zu Einnahmeausfällen der Rentenversicherung und des Staates führen.

## 3. Rentenkürzung - politisch unnötig

Die Rentenkürzung wird damit begründet, dass die Lohnkosten in Deutschland zu hoch seien und ein Anstieg des Rentenversicherungsbeitrags daher nicht zu verantworten sei. Dies ist aber keineswegs der Fall. Die Lohnstückkosten in Deutschland sind in den letzten Jahren in Deutschland deutlich geringer gestiegen als in anderen Industriestaaten. Deutschland hat seine reale Wettbewerbsposition international dadurch ausgebaut - die hohen Exporte zeigen dies deutlich. Eine Reduzierung oder das

Konstanthalten der Lohnkosten durch eine Rentenkürzung ist daher unnötig. Die Wirtschaftskrise in Deutschland liegt nicht an zu hohen Lohnkosten, sondern an der zu geringen Nachfrage. Rentenkürzungen sind hier aber kontraproduktiv, während ein Anstieg der Lohnkosten - an dem die RentnerInnen im Übrigen beteiligt sind - zu verkraften gewesen wäre.

Auch die Begründung, die Rentenkürzung sei notwendig, weil der Verteilungsspielraum enger würde und eine zusätzliche Belastung den Erwerbstätigen nicht zumutbar sei, ist falsch. Richtig ist, dass aufgrund der geringen Lohnsteigerungen die Abgabenbelastung der Erwerbstätigen gestiegen und ihr realer Nettolohn dadurch gesunken ist. Gleichzeitig ist die Produktivität jedoch deutlich angestiegen. Durch diesen Anstieg haben sich Verteilungsspielräume geöffnet, die jedoch nicht genutzt worden sind. Hätten in den letzten Jahren die Lohnerhöhungen oberhalb oder zumindest auf dem Produktivitätszuwachs gelegen, wäre das verfügbare Einkommen der ArbeitnehmerInnen trotz des Anstiegs der Rentenbeiträge gestiegen. Und auch die Wirtschaftskrise hätte so überwunden werden können.

Der Produktivitätszuwachs wird auch in der Zukunft - verbunden mit einem Anstieg der Erwerbstätigenquote - die demographische Entwicklung hin zu mehr RentnerInnen und weniger Erwerbstätigen deutlich überkompensieren. Schon ein Anstieg der Produktivität von 1,7-2,5% reicht - wenn die Löhne mindestens im gleichen Umfang erhöht werden - aus, um das verfügbare Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen deutlich steigen zu lassen. Das Geschwätz von der angeblichen "demographischen Krise" ist daher Unsinn, Rentenkürzungen sind unnötig.

#### 4. Rentenkürzung - Ein Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit

Von der jetzigen Rentenkürzung ist gerade die junge Generation gleich zweifach betroffen. Zum einen wird das Renteniveau, das die Jüngeren im Alter erwarten können, massiv abgesenkt. Die Rendite der gesetzlichen

Rentenversicherung - die übrigens deutlich über der Rendite von privaten Kapitalanlagen liegt - wird damit reduziert.

Zum anderen schädigt die Rentenkürzung die Konjunktur. Damit werden aber die Verteilungsspielräume in der Zukunft deutlich geringer. Zukünftig wird weniger Geld zur Verfügung ste-

hen, dass auf RentnerInnen und Erwerbstätige verteilt werden kann - auch die Rendite privater Kapitalanlagen wird damit geringer. Geringere Renten in der Zukunft sind geradezu vorprogrammiert. Auch hier zahlt die junge Generation die Zeche für die verfehlte Rentenpolitik der Bundesregierung.

Antrag an die Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen am 20.11.2003

## Breite Diskussion über die Wirtschafts- und Sozialpolitik

AntragstellerIn: SPD-Distrikt Erlangen-West

Nachdem der Kreisverband sich bisher schwerpunktmäßig mit den werbebezogenen Aspekten der Diskussion über Reformnotwendigkeiten des deutschen Sozialstaats befasst hat, sollten im Mittelpunkt der Diskussion des nächsten halben Jahres die konkret zu Grunde liegenden Problemlagen analysiert und diskutiert werden. Dies sollte primär durch befristet hierzu arbeitende Arbeitskreise (Projektgruppen), durch ergänzende Sams-tagsseminare, auch im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen und schließlich durch Diskussion in der KMV geschehen. Insbesondere geht es dabei, auch ausgehend von gesell-

schaftlichen Wertewandel um folgende Fragestellungen:

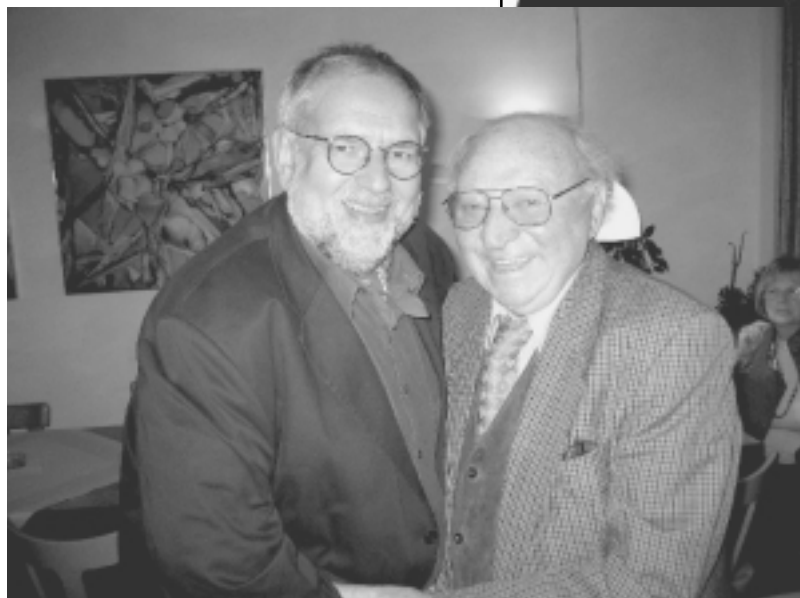
1. die Zusammenhänge zwischen Globalisierung sowie europäischer

Integration und deutschem Arbeitsmarkt

2. die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Stabilität der Sozialversicherung und

3. Vor- und Nachteile der Anbindung der Finanzierung der Sozialversicherung durch Belastung des Faktors Arbeit

Neben der konzeptionellen Dimension soll auch eine Auseinandersetzung mit konkreten Daten und Fakten erfolgen.



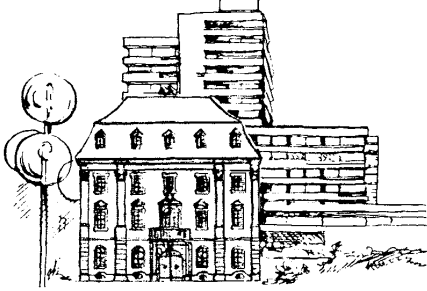
Geburtstagsempfang zum 90.ten von Georg Fellner am 16. 10.2003

Fotos: Günter Laurer





## Innenstadt



Vorsitzender:

Benedikt Berninger  
e-Mail: bene@freemail.lt

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch zu unserer nächsten  
Distriktsversammlung am

**13. November 2003 um  
20.30 Uhr in der Gaststät-  
te Mohrenkopf, Schiff-  
straße,**

herzlich ein.

### Tagesordnungsvorschlag:

- 1) Aktuelles, Berichte
- 2) Die Vorschläge des AK-Partei-  
form
- 3) Terminplanung
- 4) Sonstiges

## Verteilung Monatsspiegel

Liebe Genossinnen und Genossen,

Einige von Euch werden bemerkt ha-  
ben, dass der Monatsspiegel seit eini-  
ger Zeit teilweise nicht mehr schon in  
den ersten Tagen des Monats bei Euch  
ist.

Dafür gibt es praktische Gründe:

Bis vor einigen Monaten wurde der  
Monatsspiegel in unserem Distrikt ge-  
gen Bezahlung verteilt. Dadurch konn-  
te er meistens einheitlich am Monats-

anfang bei Euch sein. Angesichts der  
Zahl von fast 150 zu verteilenden Ex-  
emplaren im Distrikt Innenstadt wur-  
de allerdings allein für die Monatsspie-  
gelverteilung der Großteil unserer Fi-  
nanzmittel aufgebraucht. Dies konn-  
ten wir uns nicht mehr leisten und wir  
wollten es auch nicht mehr. Es gibt ge-  
nügung Möglichkeiten, das Geld für  
die politische Arbeit vernünftiger aus-  
zugeben.

Deshalb wird der Monatsspiegel jetzt  
von einigen Genossinnen und Genos-  
sen, die sich dazu bereit erklärt ha-  
ben, selbst ausgeteilt. In den meisten  
anderen Distrikten wird das ebenso  
gehandhabt.

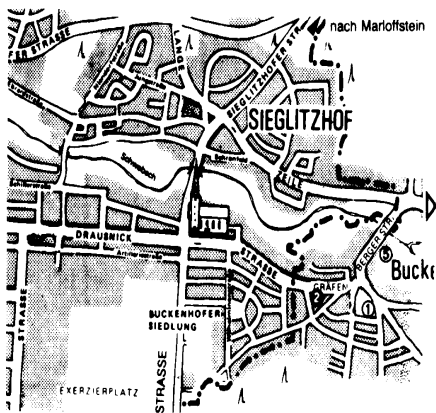
Dazu müssen die Zeitungen aber zu-  
erst auf die Verteiler aufgeteilt werden,  
die den Monatsspiegel dann nach Fei-  
erabend oder am Wochenende zu  
Euch bringen.

Wir bitten Euch deshalb um Verständ-  
nis dafür, dass der Monatsspiegel nicht  
immer gleich nach Monatsbeginn bei  
Euch sein kann.



Für den Vorstand, Benedikt Berninger

## Ost



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531  
e-mail: djankokraft@web.de  
stellvertretende Vorsitzende:  
Monika Wendler Tel.: 401737  
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer  
Distriktsversammlung

**am Donnerstag, den  
13.11.2003, 20.00 Uhr  
in der  
Spielvereinigung Erlangen  
1904 e. V.  
Kurt-Schumacher-Str.11**

**Hauptthema wird sein:**

### Parteireform

Hildegard Gröger wird dazu referie-  
ren

Jochen Kraft

## Impressum

### Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen  
Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

### Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter  
Baumschulenweg 11,  
91058 Erlangen  
Tel.: 09131303090  
e-mail: monatsspiegel@spd-  
erlangen.de

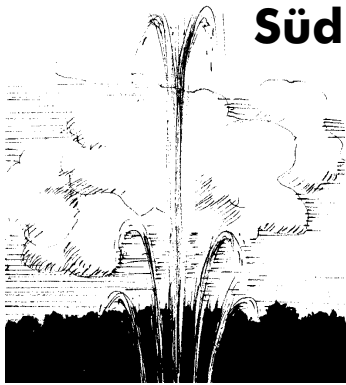
**Mitarbeit:** Lars Thomsen

### Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

### Auflage:

800 Stück



Vorsitzender:  
Günter Laurer

Einladung zu unserer nächsten Sitzung am

**Donnerstag 13.11.2003  
20 Uhr,  
Röthelheimbiergarten  
(Bretterbude)**

Thema: Parteireform (diesmal wirklich),  
Referent: Philipp Dees, Vorsitzender  
Distrikt West (angefragt)

#### **Kurzprotokoll:**

Auf der letzten Distriktsitzung wurden die Ergebnisse des Runden Tisches

Röthelheimpark, der am 20. Oktober stattgefunden hat, diskutiert. An diesem Runden Tisch sitzen neben VertreterInnen der Fraktionen im Stadtrat auch VertreterInnen aller sozialen Einrichtungen des Stadtteils und der angrenzenden Stadtteile (Schulen, Kindergärten, Kirchen, Easthouse, etc.)

Der große Bedarf an Angeboten und Einrichtungen für Jugendliche gerade im Röthelheimpark war der Schwerpunkt dieses Gesprächs.

Der Distrikt wird baldmöglichst Kontakt mit den Initiativen aufnehmen.

für den Vorstand

Florian Janik

## **Tennenlohe**



Vorsitzender:  
Rolf Schowalter Tel.: 601924  
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Versammlung

**am Dienstag, 11.11.03,  
20.00 Uhr Schloß-  
gaststätte**

#### **Tagesordnung:**

- 1. Aktuelles (EN etc.)**
- 2. Berichte: KMV, KV, Spielplatzrenovierung etc.**
- 3. Diskussion des Arbeitspapiers zur Reform der Parteiorganisation.**

(s. Monatsspiegel vom Oktober S. 5 - 9; bitte mitbringen!!)

#### **4. Verschiedenes**

für den Vorstand

Rolf Schowalter

### **Einladung**

An alle Genossinnen und Genossen aus Tennenlohe und aus den anderen Distrikten sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten von überall

Wir laden Euch alle recht herzlich ein zum

**Gansessen bei Fritz Klein  
im "Schlöbla"  
( d.i. Schloßgaststätte )  
Sonntag, den 09.11.03,  
12.00 Uhr**

Wir freuen uns auf ein gemütliches Zusammensein

(Wir können Euch zwar nicht in finanzieller Hinsicht einladen, können aber für den äußeren Rahmen sorgen)

Wegen der notwendigen Vorbereitung des Gastwirts:

Bitte eine kurze telefonische Mitteilung oder e-mail bis zum 5.11. an die oben angegebene Telefonnummer bzw. an die e-mail Adresse

P.S.: 11 Genossen/-innen aus anderen Distrikten haben sich bereits angemeldet!!

Für den Vorstand

Rolf Schowalter, Tel.: 60 19 24

## **Bericht von der Distriktversammlung am 14.10.03**

### **1. Wahl des Kassiers**

Als Nachfolger des verstorbenen Erik Schroeder wurde in Abwesenheit einstimmig Alfred Opitz gewählt. Rolf wird klären, ob er die Wahl annimmt.

Die bisher von Erik und von Elke versorgten Verteilergebiete übernehmen H. Allabauer und Hans Hauer.

### **2. Aktuelles:**

Über die Bürgerversammlung in Tennenlohe und die entstellende Berichterstattung in den Erlanger Nachrichten wurde ausgiebig diskutiert.

Rolf hatte hierzu schriftlich neun Argumente zusammengetragen. Dass die CSU-Stadträtin Grille vorab einen Brief an den Versammlungsleiter Lohwasser übergibt und dass Lohwasser Auszüge daraus vorliest, untergräbt

die Regel, dass Stadträte auf einer Bürgerversammlung zuhören sollen und kein Rederecht haben. Noch empörender ist aber, dass in der EN-Berichterstattung über nicht vorgelesene Abschnitte des Grille-Briefes und Argumente, die in der Versammlung nicht zur Sprache kamen, ausgiebig berichtet wird, während andererseits Anträge, z.B. der vom Genossen Hauer, und Abstimmungen völlig unerwähnt bleiben oder entstellt wiedergegeben werden.

Über mögliche Maßnahmen wurde beraten.

### 3. Diskussion über die Landtagswahlresultate

Wir hatten mit unseren Aktionen (Hausbesuche, Bieranstich im Zelt und in der Wied, Besuch der Fiesta, Teilnahme an der Kärwabaumaufstellung mit Wolfgang und Dagmar im Kärwaburschenzug, Rosenverteilung am Sonntag, Infostand, Tennenloher Bote etc.) unseren Anteil dazu beigetragen, um Wolfgang und Dagmar bekannt zu machen. Dennoch konnten wir uns dem allgemeinen Trend nicht entziehen. Die sehr niedrige Wahlbeteiligung

in den Bezirken Süd und Ost spiegelt sich in den Wahlergebnisse wieder. Viele unsere früheren Wähler sind zu Hause geblieben und haben dadurch für den Erfolg der CSU gesorgt (landesweit hat die CSU ca. 155 000 Stimmen weniger bekommen hat als vor 5 Jahren!!!). Wo die Wahlbeteiligung am höchsten war (Nord) ist demgemäß das Ergebnis für uns am besten (33,1% bei den Erststimmen, d.h. für Wolfgang). Wolfgang hat dafür gesorgt, dass Hermann bei den Erststimmen insgesamt außer in Ost nur wenig über dem Stadtdurchschnitt erhalten hat, signifikant weniger als die CSU bei den Zweitstimmen. Letzteres liegt aber auch am mangelnden Bekanntheitsgrad von Frank Greif und anderen gegenüber dem von Fr. Matschl, wobei deren "Qualitäten" bei der Veranstaltung zur STUB in Buckenhof sehr deutlich zur Geltung kam, was ihr nicht geschadet hat. Auffallend ist der hohe Zuspruch für die Grünen (außer in Ost), d.h. zwischen 12,5 und 15,6% (in 2 Bezirken über dem Stadtdurchschnitt). Die FDP ist endgültig zur Splitterpartei abgerutscht (3,6 - 4,7%). Grüne und SPD zusammen erreichen

(außer in Ost) zwischen 40 und 45%. Bei der Bundestagswahl waren es noch jeweils über 45 bis zu 53 %.

### 4. SPD-Linke und "Reformen"

Gert Büttner, der sich in den letzten Jahren viel Wissen über Volkswirtschaft angeeignet hat, berichtet über ein Treffen der SPD-Linken in München. Die Enttäuschung über die ungerecht verteilten "Reform"lasten hat zu Wahlschläppen und massenhaften Parteiaustritten geführt. Die von der führenden Wirtschaftsexperten (bzw. - Ideologen) diktierten "Reformen" verfehlen ganz offensichtlich ihren Zweck (mehr Arbeit und mehr Wohlstand).

Es ist ungeheuer schwer, Gegenkonzepte überhaupt öffentlich wahrnehmbar vorzustellen und zu diskutieren.

Gert hat uns Ansätze zu solchen Konzepten erläutert und diese in lebhafter Diskussion verteidigt. Damit müssten wir uns aber zu einem anderen Zeitpunkt genauer befassen.

Christoph Schnapper

## West



Vorsitzender:

Philipp Dees Tel.: 483791  
e-mail: philipp.dees@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
ich lade euch herzlich ein zu unserer Distriktsversammlung am

**Mittwoch, 19.11.2003 um  
20 Uhr in der Sport-  
gaststätte des BSC,  
Schallershofer Straße 70a.**

Als Tagesordnung schlage ich euch vor:

1. **Aktuelles**
2. **Berichte aus Kreisvorstand, Stadtrat und Ortsbeirat**
3. **Ergebnisse des AK Parteireform**

**Vorstellung, Diskussion und eventuell Beschlussfassung über Änderungsvorschläge**

4. **Anträge**
5. **Verschiedenes**

Das Papier des AK Parteireform, das die Grundlage der Diskussion bilden wird, ist im Oktober-Monatsspiegel veröffentlicht worden.

Ich möchte euch auch jetzt bereits herzlich zu unserem **Karpfenessen** zum Jahresabschluss am **Dienstag**,

**16.12.**, voraussichtlich in der Linde in Alterlangen einladen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

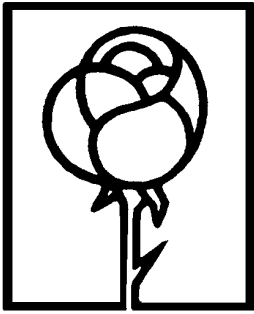
ich möchte euch auf diesem Weg auch daran erinnern, dass ich wie bei der letzten Jahreshauptversammlung angekündigt im nächsten Jahr nicht wieder als Distriktsvorsitzender kandidieren werde. Ende Oktober habe ich als Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen kandidiert; dieses zusätzliche Amt ist auf Dauer nicht mit dem Distriktsvorsitz zu vereinbaren. Außerdem ist es nach drei Jahren und ebensovielen Wahlkämpfen auch Zeit, den "Staffelstab" weiterzugeben.

Zu dieser frühzeitigen Veröffentlichung habe ich mich entschlossen, um ein Chaos wie bei dem letzten Vorsitzendenwechsel 2001 zu verhindern. Nun bleibt uns im Distrikt viel Zeit, über mögliche KandidatInnen zu diskutieren und euch allen genug Zeit zum Überlegen, ob ihr antreten wollt.

Mit solidarischen Grüßen

Philipp Dees

## ASF



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114  
Birgit Hartwig Tel.: 55939  
Gunda Gerstenmeyer Tel.: 66501  
Hildegard Gröger Tel.: 502415  
Julie Mildenberger Tel.: 23435

### Protokoll der AsF-Sitzung am 1.10.2003

#### 1) Aktuelles

##### a) Landtagswahl:

SPD-Ergebnis bei Frauen und Männern etwa gleich;

bestes SPD-Ergebnis bei Frauen über 65 (25 %);

Frauenanteil in der SPD-Fraktion von 32,8 auf 41,5% gestiegen (17 von 41).

##### b) UB-Parteitage:

Knappe Empfehlung für Lissy Gröner (29 : 26 bei 3 E)

Unterstützung des Antrags zur Entfristung der Quote (Bundesparteitag): fast einstimmig

##### c) Hinweis auf ein Seminar von AsF und Jusos Mittelfranken zum Thema "Gender Mainstreaming"

(30.1.-1.2.2004, Würzburg Frankenkarte)

##### d) Sammelbestellung des Kalenders 2004 "Wegbereiterinnen II"

e) Relativ unverbindliche Antwort von Christel Humme, MdB (Sprecherin Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen, Jugend) auf einen Beschluss der AsF-Bezirkskonferenz, wonach alle Maßnahmen nach Hartz und Agenda 2010 auf geschlechtsspezifische Auswirkungen zu überprüfen seien (Antrag war von der AsF ER eingebracht worden).

#### 2) AK Parteireform (Text siehe MS Oktober)

Zusammenfassung der Ergebnisse durch Hildegard Gröger;

folgende Änderungsvorschläge werden beschlossen:

zu Zeilen 31/32: "... ,die Referate für Schriffführung, Dokumentation und Beschlusskontrolle und für Pressearbeit können mit der gleichen Person besetzt werden."

(also keine zwingende Zusammenfassung der beiden Referate)

in Zeile 37 einfügen: "Die Distrikte und AGs wählen für ihre KV-Vertretung jeweils eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter des gleichen Geschlechts."

(Damit soll gewährleistet werden, dass jeder Distrikt auch bei Verhinderung des Vertreters/der Vertreterin stimmberechtigt vertreten ist, ohne dass dadurch die Quotierung umgangen wird.)

Die Diskussion wird fortgesetzt, weitere Beschlüsse spätestens bei Dezember-Sitzung

#### 3) Stand Vorbereitungen für Jubiläumsveranstaltung 6.2.2004: 25 AsF Erlangen

20 -22 Uhr VHS Historischer Saal; Sektempfang; Frauenchor; Grußworte Heide Mattischeck + Robert Thaler; Festrede Lissy Gröner

#### 4) Kurzberichte

aus GKV, KV, Stadtrat, Frauengruppen-Treffen

#### 5) Termine

a) nächste Sitzungen:

##### 5.11. Anna Steinert-Neuwirth (Kulturarbeit), Deutsches Haus

3.12.: vorauss. Brigitte Mugele (Gesundheitsreform), Kulisse

7.1. 2004: AsF-JHV (Achtung: letzter Ferientag!!!)

6.2.2004 um 19.00 Uhr Asf-Jubiläum (Lissy Gröner)

b) AsF-KMV: Februar oder April 2004 mit Sigrid Skarpelis-Sperk, Thema GATS

c) Weihnachtsfeier: 19.12.2003 ab 19 Uhr, Frauenzentrum

d) Podiumsdiskussion des ZsL, 8.10.2003, 20 Uhr, Rathaus

e) VHS + 3.Welt-Laden: Veranstaltung zu GATS, 2.12.2003, 19.30 Uhr, VHS Großer Saal

f) 3.Welt-Laden: 24./25.11 2003: Veranstaltungen zum Thema Kinderprostitution/Sextourismus mit zwei Referentinnen aus Indien

Hildegard Gröger



Vorsitzende:

Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen,  
unser nächstes Treffen von 60plus findet am

**13.11.03 um 17 Uhr  
im Bebel-Haus statt.**

Thema: noch einmal, da wir beim letzten Treffen im Oktober so wenige waren,

**Wahl eines/einer stellvertretenden  
Vorsitzenden für ER und eines**

**Vorsitzenden für den Unterbezirk ER/ERH von 60plus.**

Beprechung der Zukunft von 60plus ER (woran liegt es, dass immer nur einige wenige Genossen Interesse an 60plus zeigen?)

Bitte kommt einmal zahlreicher als bisher

Eure Brigitte Mugele

## Arbeitskreis Gesundheitspolitik

Im Juli wurde ein Fragebogen zur Gesundheitsreform an Träger des Gesundheitswesens (z.B. Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken, Sozialstationen) versandt. Die Ergebnisse wurden von Gen. Markus Beier auf der letzten Sitzung des AK am 22.10.2003 in einer Zusammenfassung erläutert.

Zusammenfassend kann u.a. gesagt werden, mehrheitlich wird die Beibehaltung der solidarischen Krankenversicherung gefordert, aber es wird auch deutlich, dass die Zahl der Krankenkassen mit über 300 weit zu hoch ist. Weiter ist die große Mehrheit für eine Bürgerversicherung, eine Kopf-Pauschale wird nur in 2 Fällen befürwortet.

Im nächsten MS wird eine eingehendere Auswertung veröffentlicht.

Der AK kritisiert an der gegenwärtig bekannten und beschlossenen Gesundheitsreform, dass keine strukturellen Änderungen stattfinden, sondern lediglich finanzielle Maßnahmen ergriffen werden, die einseitig zu Lasten der Patienten gehen, und darüber hinaus eine qualitative Verschlechterung der Gesundheitsversorgung großer Teile der Bevölkerung bewirken ("Zwei-Klassen-Medizin").

Nächster Termin:

**Mittwoch, 12.11.2003**  
**19.00 Uhr**  
**Angerwirt,**  
**Guhmannstraße 10**

Themen:

Forderungen zum strukturellen Umbau des Gesundheitssystems

Vorbereitung von Anträgen zur Gesundheitspolitik

Vorbereitung einer Podiumsdiskussion im nächsten Jahr

Für den AK: Hans Wachter



## Linkes Forum Erlangen

### "Der Parteitag der SPD - eine Perspektive für Linke Politik?"

Liebe Genossinnen und Genossen,

vom 17. bis zum 19. November findet in Bochum der 52. Ordentliche Bundesparteitag der SPD statt. Um die Ergebnisse des Parteitags und die daraus resultierenden Bedingungen für eine linke Politik zu diskutieren, laden wir euch zu unserem nächsten Treffen ein.

**Freitag, 28. November 2003**

**20 Uhr, Mohrenkopf (Nebenzimmer)**  
**mit Horst Schmidbauer, MdB und Mitglied des Parteirats**

mit solidarischen Grüßen

Hildegard Gröger

Florian Janik

## Befreundete Organisation berichten:

### Türkisch-Deutscher Solidaritätsverein (TDS)

Der Türkisch-Deutsche Solidaritätsverein veranstaltet im Rahmen seines Programms "TDS" im November zwei Vortragsabende:

**I. Vortrag von Prof. Dr. Sefrik Alp Bahadir, Dekan an der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen,**

Thema:

"Wahrung der Menschenrechte als Kriterium für den EU-Beitritt der Türkei"

In diesem Vortrag wird der Versuch unternommen, die Implementierung der Menschenrechtsreformen in der Türkei als einen Prozess zu beschreiben.

**Freitag, 07. November**  
**20.00 Uhr**  
**Lesesaal der Stadt-Bibliothek**  
**Palais Stutterheim,**  
**Maktplatz**

Eintritt: frei

**II. Dia-Vortrag von Werner Fiederer,**

Thema:

Die Zähmung des Drachen"

Der Yangzi und das Drei-Schluchten-Projekt oder der Dammbau zu Babel

Der Vortrag berichtet über den Fluss und seine Geschichte, über die Entstehung des größten Staudamms der Welt, über seine Potentiale und seine Gefahren.

**Freitag, 21. November**  
**20.00 Uhr**  
**Lesesaal der Stadt-Bibliothek**  
**Palais Stutterheim,**  
**Maktplatz**

Eintritt: frei

Für den TDS:

Hans Wachter



Ein Leserbrief von Gerd Peters

# Mehr Schein als Sein?

In den "Monatsspiegel"-Ausgaben von September und Oktober wird ein Beitrag von Karl Georg Zinn, einem etablierten linken Ökonomieprofessor, der insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren durchaus klug vorhandene eher konservativere Autoren in ihrer Ideologie kritisch auseinander nahm. Er ist ein Keynesianer, d. h. durch antizyklische Konjunkturprogramme soll das konjunkturelle Auf und Ab abgefedert werden. Dieses Konzept erwies sich in den sechziger und siebziger Jahren als teilweise erfolgreich, wengleich der stetige Anstieg der Arbeitslosigkeit über die Konjunkturzyklen hinweg nicht verhindert werden konnte.

Einerseits kann man die Veröffentlichung im MS als Signal betrachten, nämlich,

dass sich der Kreisverband mit den drängenden Problemen des Arbeitsmarktes auseinander setzen will. Bei näherem Hinsehen, zeigt sich dann aber, dass dieser Beitrag hierzu kaum taugt, da die zentralen Probleme, die das heutige Geschehen prägen eher nur am Rande abgehandelt werden, nämlich:

1. Wie eine nationale keynesianische Wirtschaftspolitik in Zeiten des erreichten Standes europäischer Integration Anfang des 21. Jahrhunderts funktionieren soll, wird nicht diskutiert; die Spielräume für nationale Wirtschaftspolitik sind seit den siebziger Jahren drastisch geschrumpft.

2. Die Rückwirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt und die Folgen für das gesamte System

der sozialen Sicherung bleiben weitgehend draußen vor.

3. Die Rückwirkungen der europäischen Integration und der Globalisierung auf den Arbeitsmarkt, die nachhaltig die gegenwärtige Krise mit prägen, werden nicht in die Diskussion einbezogen.

Schade, einen Durchbruch stellt der Nachdruck des Beitrages für die eigentlich überfällige Diskussion mancher Probleme im Kreisverband Erlangen noch nicht dar. Aber vielleicht geht es ja irgendwann doch weiter voran.

Gerd Peters

Leserbrief von Ursula Lanig

## Das Theater „Die Wölfe“

Die Auseinandersetzung um die Auf-führung des Stückes "Die Wölfe" von Hans Rehberg, einem eingeschriebenen Nazi, entwickelt sich immer irrationaler und hat inzwischen nur noch wenig mit dem Stück, den Absichten des Theaters und der Auseinandersetzung mit der dunkelsten Epoche deutscher Geschichte zu tun. Es geht offensichtlich nur noch um die Person des Autors, wenn Giordano in einem Brief schreibt: "Ich empfinde es als Zumutung, mich in die Lektüre von "Die Wölfe" vertiefen zu müssen, um es abzulehnen."

Und das sehen - im Vertrauen auf moralische Instanzen wie eben Giordano - viele so. Sie ersetzen Wissen durch die vermeintlich richtige Meinung und fürchten, allein die Inszenierung eines Nazi-Autors würde dessen Rehabilitation bedeuten. Das Theater hat in den verschiedensten Stellungnahmen das Gegenteil dargelegt, Auch wenn diese bisher nicht oder sehr verkürzt in den EN zitiert wurden (ein der SPD bisher nicht ganz unbekanntes Problem):

Das Theater will "Die Wölfe" spielen, weil anhand des Dramas die Gängelung und Einschränkungen des Denkens durch nationalsozialistische Phrasen gezeigt, und die Ähnlichkeit heutiger Sprach- und Verhaltensmuster deutlich werden sollen. Beispiele dafür finden sich zuhauf: Seien es die Umtriebe der Alt- und Neonazis, die mit "Vaterland", "Krieg" und "Heldentod" unverändert an dieser Sprache und Geisteshaltung anknüpfen, sei es die Kriegsrhetorik Bush's und der Gegenseite im Irak-Krieg, seien es fanatisierte Menschen, die sich für eine Gott/Allah/was-weiß-ich-noch-wem-gefällige "große Sache" einsetzen und töten und töten lassen.

Ausdrücklich wird in der Stellungnahme auch darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, den Autor zu rechtfertigen, nationalistische Gedanken zu

propagieren oder Täter zu Opfern umzudeuten.

So viel zum Theater, ergänzt um den Hinweis, dass das Stück bewusst nicht im Markgrafentheater, sondern in der Experimentierbühne Garage aufgeführt wird, und dass von Anfang an Diskussionen im Anschluss an jede Aufführung geplant waren.

Was ist aber die politische Wirkung der ganzen Auseinandersetzung?

Wieder einmal sind wir an dem Punkt angelangt:

1. Darf man sich mit Quellentexten (um nichts anderes handelt es sich) auseinandersetzen und selbst erkennen, wie Propaganda und Herrschaft der Nazis funktionierten oder ist die Aufarbeitung der Geschichte nur an "päpstlich

kanonisierten", d.h. an Texten erlaubt, die in der Rückschau politisch korrekt



Fortsetzung auf Seite 15



## Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im November ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

November 2003

- 03.11. Ruth Sych  
70 Jahre
- 04.11. Marianne Vittinghoff  
60 Jahre
- 08.11. Anni Frank  
76 Jahre
- 08.11. Grete Höfer  
80 Jahre
- 08.11. Rosi Pfister  
70 Jahre
- 11.11. Luise Ponader  
81 Jahre
- 12.11. Joachim Ziegler  
83 Jahre
- 22.11. Lutz Reyher  
76 Jahre

- 26.11. Bernd Wirschnitzke  
60 Jahre
- 28.11. Gerda Sick  
82 Jahre
- 30.11. Maria Holzermer  
80 Jahre
- 30.11. Harald Straube  
80 Jahre



Fortsetzung von Seite 14

verfasst wurden? Ich denke, wir sollten unseren interessierten MitbürgerInnen die Mündigkeit zuerkennen, solch eine Inszenierung kritisch zu sehen.

2. Darf man einen Text aus dem Umfeld der Nazis öffentlich behandeln, so lange noch Menschen leben, die unter diesem Regime gelitten haben und noch leiden? Gewiss nicht, wenn darin zu Völkermord, Antisemitismus, Verfolgung anders Denkender usw. aufgerufen wird. (Dies trifft für den Text aber nicht zu). Auch Menschen, die unter den Nazis gelitten haben, erklären, dass die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit öffentlich geführt werden soll. (Nichts anderes machte auch H. Qualtinger, wenn er aus "Mein Kampf" las, nichts anderes passiert im Unterricht, wenn eine Goebbels-Rede oder gar Karikaturen aus dem "Stürmer" behandelt werden - hierin eine Rechtfertigung des Nationalismus zu sehen, ist vollkommen falsch.)

Insofern ist es mir unverständlich, weshalb Giordano sich darüber wundert und bedauert, dass "unser Land mit dem NS-Erbe noch nicht im reinen" ist. Ich halte es für richtig, sich mit dieser Zeit nicht "im reinen" zu sein - das würde doch noch viel eher bedeuten, die Geschichte, so wie sie war, hinzu-

nehmen und ad acta zu legen. Und so können wir damit nicht umgehen, wenn wir von der Lernfähigkeit der Menschen ausgehen.

3.

Kann die Stadt Erlangen dulden oder gar fördern, dass das Stück eines Nazis auf einer städtischen Bühne gezeigt wird? **Wenn** diese Aufführung durch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu den für die Gegenwart zu ziehenden Folgen aus dieser Aufarbeitung führt, wird sie dem Auftrag gerecht, den die Stadt an ihr Theater richtet: Unterhaltung (trifft in diesem Falle sicherlich nicht zu) und vor allem: Aufklärung und Auseinandersetzung mit wesentlichen Problemen der Gesellschaft. Eines dieser Probleme ist auch heute noch - oder heute wieder - die Tendenz, Kriege für ein Mittel der Politik zu halten und die Bevölkerungen entsprechend zu manipulieren. Ein anderes ist die zunehmende Erfassung des Menschen durch Propaganda aller Art.

4. Welche Stimmung macht sich in Erlangen breit? Ist jede/r BefürworterIn der Aufführung ein klammheimlicher Sympathisant rechter Bestrebungen während jede/r GegnerIn political correctness für sich beanspruchen darf - häufig ohne zu kennen, was er/sie verurteilt? (Ich finde es sehr problematisch, wenn mir MitbürgerInnen

Leserbriefe zum Thema zeigen, die sie sich nicht abzusenden trauen, weil sie sich nicht in der falschen Ecke wiederfinden wollen!!)

Für mich kann ich nur feststellen: Gerade die Auseinandersetzung mit der Generation meiner Eltern über den Nationalsozialismus und die damalige Tendenz, diesen Politikbereich zu auszublenden, hat zu meinem politischen Engagement (erst bei den Basisgruppen, dann bei der SPD) geführt. Wenn Giordano die ungebrochenen Karrieren hochrangiger Nazis nach 1945 beklagt, hat er Recht: Dies war aber auch gerade eine Folge der Tabuisierung des Nationalsozialismus und seiner Helfershelfer. Wir sollten sie nicht fortsetzen!

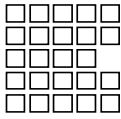
5. Soll sich die SPD einem Oberbürgermeister anschließen, dessen ausschließliches Interesse, nicht nur in diesem Fall, der hochglanzpolierten, sauberen, den Erfordernissen des Marketings entsprechenden Präsentation Erlangens gilt? Soll Aufklärung und Diskussion in Erlangen dann nicht mehr möglich sein, wenn Konflikte deutlich werden? Also: "Auseinandersetzen oder Aussetzen?", wie Stefan Mössler in den NN schrieb: Für mich gilt: Auseinandersetzen!

Ursula Lanig



## SPD im Stadtrat Erlangen

Fraktion



**Gisela Niclas**

**Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion**

Alle Jahre wieder:

# Zum Haushaltsentwurf 2004

Wie alle Jahre wieder seit dem Politikwechsel im Erlanger Rathaus wird auch der Haushaltsentwurf 2004 von der Stadtspitze und den sie tragenden Mehrheiten von der hartnäckigen Behauptung begleitet "wir haben kein Geld."

Mit Blick auf die Überschüsse - zum Teil sogar im zweistelligen Millionenbereich - bei der Abrechnung aller Haushalte seit 1997 kann ebenso eindrucksvoll bewiesen werden: Diese Behauptung war falsch und bleibt auch für 2004 falsch. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Die Stadt Erlangen schwimmt nicht im Geld. Die Finanzausstattung ist begrenzt, sorgfältige Prioritätensetzungen sind umso wichtiger. Im Unterschied zu Nürnberg oder auch anderen Städten in Bayern hatte und hat Erlangen jedoch Finanzspielräume. Diese werden jedoch von der CSU/FDP/FWG-Mehrheit seit Jahren gelehnt aus einem einzigen Grund: Inhaltliche Auseinandersetzungen in den Haushaltsdebatten werden damit von vorne herein abgeblockt, um das politische Ziel der Mehrheiten - soviel Abbau öffentlicher Dienste und Strukturen wie möglich - , Schritt für Schritt umsetzen zu können.

Der Haushaltsentwurf 2004 ist gegenüber seinen Vorgängern dennoch ein Rekord: Nie war das herbeigerechnete "Haushaltsloch" größer. Das wirft neue Fragen auf. Soll nun doch in großem Stil Tafelsilber verschербelt werden? - Wenn ja, welches? Wird erneut der Vorschlag "Teilausverkauf der Stadtwerke" o.Ä. auf den Tisch gelegt? Bemerkenswert ist: Der Kämmerer hat

bisher lediglich Kürzungsvorschläge in Höhe von 1,7 Mio "nachgeliefert" und gleichzeitig bereits eine Erhöhung des Einnahmeansatzes der Gewerbesteuer vorgenommen. Auch die Mehrheitsfraktionen haben keinerlei Rezepte geliefert, wie das Defizit ausgeglichen werden könnte. Also offenbar dieselbe Prozedur wie jedes Jahr: Bis zum Haushaltsbeschluss wird das Loch immer kleiner, um am Ende ganz zu verschwinden.

Warum also dieses Jahr die neue Variante eines besonders großen Lochs? Ganz einfach: Die Reform der Gemeindefinanzen geht auf der politischen Bühne in die Zielgerade. Rotgrün in Berlin hat nach vielen Irritationen, die leider noch in ebenso vielen Köpfen vorherrschen, endlich einen Entwurf vorgelegt, der laut der Präsidentin des Deutschen Städtetages, der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), "sehr nah am geforderten Konzept" der Kommunen liegt. Sie hat den Bundestag und insbesondere den Bundesrat aufgefordert, diese Reform nicht zu blockieren. Das wird in Erlangen vom Oberbürgermeister aber tunlichst verschwiegen. Und wenn nun in vielen Städten in den nächsten Wochen Protestaktionen laufen, um die Reform durchzusetzen, braucht der Erlanger CDU-OB eben eine echt Erlanger Begründung, um weiter einseitig gegen Rotgrün in Berlin zu wettern. So einfach ist das.

Die SPD-Fraktion hat wie in den vergangenen Jahren auch ein Antragspaket geschnürt für eine an sozialer Integration und Nachhaltigkeit orientierten Entwicklung unserer Stadt. In diesem Jahr haben wir jedoch darüber hinaus erstmals ein eigenständiges



Konzept für die finanziellen Eckdaten entwickelt. Gegen das Konzept des "Kaputtsparens" der Mehrheit treten wir damit den Beweis an, dass es möglich ist, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger bewährte Strukturen zu erhalten und in sinnvolle Ziele und Projekte zu investieren. Einer unsere Schwerpunkte ist ein sogenanntes "Pisapaket". Dies sichert Zukunftsperspektiven für die nachwachsende Generation. Mit unseren Investitionsvorschlägen für den Vermögenshaushalt setzen wir Signale für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft.



Unser Haushaltskonzept konkret:

Die SPD-Fraktion hat einen Entwurf vorgelegt, der...

1. zu einem genehmigungsfähigen Haushalt führt
2. die Lücke im Verwaltungshaushalt schließt,
3. keine Neuverschuldung vorsieht, die Netto-Neuverschuldung also auf Null reduziert
4. keine Erhöhung der Ausgaben im Verwaltungshaushalt vornimmt
5. zu höheren Investitionen führt
6. ein "Pisa-Paket" enthält, das für Schulen und Jugend Schwerpunkte setzt.

Die Finanzierung des Verwaltungshaushalts:

1. Aus der Rücklage werden 19,63 Mio entnommen und dem Verwaltungshaushalt zugeführt.
2. Erhöhung des Ansatzes bei den Gewerbesteuern um 3,2 Mio netto. (realistischer Ansatz)
3. Kürzungen bei den Budgets in Höhe von rd. 700.000

Die Finanzierung des Vermögenshaushalts:

1. Erhöhung der Einnahmen für unbebaute Grundstücke um 4,4 Mio
2. Erhöhung der Entnahme aus dem Treuhandkonto Röthelheim
3. Kürzung der Ausgaben für Arcaden um 1 Mio (Übertragung der nicht gebrauchten Mittel aus 2003)
4. Streichung der Planungskosten für die Kosbacher Brücke

#### "Pisa-Paket"

- keine Kürzungen der Budgetansätze im Schulbereich
- zusätzliche Mittel für die Deutsch-Offensive, das Hippy-Projekt, für internationale Jugendbegegnung
- Ausbau der Umweltpädagogik
- Fortbildungsmittel für bzw. gegen "burn-out" bei Lehrern

- Schulsozialarbeit an der Jean-Paul-Schule
- Systembetreuer
- Sonderinvestitionsprogramm für die Sanierung von Schulen

Weitere wichtige Eckpunkte neben dem Pisa-Paket des Forderungskataloges:

- **Lärmschutz für die A73/A3 statt Bau des Kosbacher Damms.**
- **Planung der Stadt-Umland-Bahn**
- **Neues Haus für das Frauenhaus**
- **Zukunftweisendes Brandschutzbedarfskonzept für die Feuerwehren**
- **Keine Auswärtigengebühren z.B. in VHS, Stadtbücherei**
- **Zügiger Bau einer würdevolle Aussegnungshalle auf dem Westfriedhof.**
- **Erhalt der Alleinerziehenden Selbsthilfeeinrichtung "Grünes Sofa"**
- **Erhalt der Tagespflegeeinrichtungen**
- **Rechtzeitige Ausbezahlung der Zuschüsse an Sportvereine**
- **Höhere Zuschüsse für die Arbeit des Ausländerbeirats**

Für den Vermögenshaushalt schlagen wir vor, ein Investitionssonderprogramm zur Sanierung von Schulen aufzulegen und dies über zusätzliche Kreditaufnahmen zu finanzieren. Wir können uns dafür eine Neuverschuldung vorstellen, da bei den derzeitigen Zinskonditionen für die Stadt eine Kreditaufnahme dafür wirtschaftlich und finanziell günstiger kommt als die Verteuerung der Sanierungsmaßnahmen durch eine weitere Verzögerung.

Wir sind auch bereit, die dafür in den Haushalt eingestellten Mittel mit einer Sperre zu versehen, die dann im kommenden Jahr aufgehoben wird, wenn sich die Finanzsituation der Stadt durch Konjunkturaufschwung und Gemeindefinanzreform weiter verbessert hat.

Als Objekte schlagen wir die Friedrich-Rückert-Schule und das MTG vor (vgl. Bericht des GME im HFFPA) mit den Beträgen von 2.5000.000 und 2.000.000, jeweils verteilt auf zwei Jahre.

Gisela Niclas      Dr. Norbert Fuchs  
Fraktionsvorsitzende      Finanzpolitischer Sprecher



Dr. Norbert Fuchs

Aus der Redaktion:

Bitte mailt in Zukunft alle Artikel an die neue Mailadresse:

[monatsspiegel@spd-erlangen.de](mailto:monatsspiegel@spd-erlangen.de)

Die Adresse [wolfgang.peter@spd-online.de](mailto:wolfgang.peter@spd-online.de) wurde von mir gelöscht.

Wolfgang Peter

Änderungsvorschläge zum Verwaltungshaushalt der SPD - Fraktion zum Haushalt 2004

<b>HH-Stelle: Text</b>	<b>Änderungen gegenüber Verwaltungsentwurf</b>
Zuschüsse private Energiesparmaßnahmen	40.000
Sanierung Pestalozzischule	200.000
Freizeitanlagen: Halfpipe am Taubenschlag	15.000
Zuschuss "TV Vital"	30.000
Ringleitung Dechsend.Weier	Vorziehen auf 2005
Talüberquerender Verkehr	-290.000
Lärmschutzmaßnahmen A3/A73	290.000
Herzogenauracher/Pappenheimer	Vorziehen auf 2005
Arcaden	-1.000.000
Gehweg in Dechsendorf	100.000
Lichtsignalanlagen	30.000
Parkleitsystem	150.000
Westfriedhof, Planung	30.000
Röthelheim-Treunhandkonto	2.000.000
EstW-Kapitalerhöhung	500.000
Grundstücksverkäufe	4.400.000
Mediationsverfahren Innenstadt	120.000
Frauenhaus:	
Verkauf: 600.000 Einnahmen	600.000
Ankauf: 1.000.000	1.000.000
StUB-Planung	250.000
Fortbildung (auch Burnout-Bekämpfung bei Lehrern)	40.000
Aktivitäten des Ausländerbeirats	5.000
Offensive Deutsch-Offensive	10.000
Zuschuss an Frauenkultur- und Bildungszentrum	18.000
Zuschuss an Frauengruppentreffen	3.000
Personalzuschuss - Jugendfarm	22.500
Gegen weitere Kommerzialisierung des E-Werks	20.500
Kein Auswärtigenzuschlag	-75.000
Ausstellungen:5.000 für Vorbereitung "Schrecken d. Krieges" - 5.000	
für Sammlung/Betriebseinrichtung	10.000
Unterstützung von "Fliederlich"	5.000
Zuschuss an den Verein zum Schutz misshandelter Frauen	24.000
Zuschuss an Kindergruppe Frauenhaus	10.000
Zuschuss an den Verein "Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen"	4.700
Sicherung des Hippy-Projektes	12.000
Jugendgruppen für internationale Jugendbegegnungen	5.000

Auf Vermittlung von Wolfgang Vogel, MdL:

# Gespräche im Verkehrsministerium zur Erlanger Verkehrs- und Lärmproblematik - Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen sondiert

Auf Einladung des Erlanger Landtagsabgeordneten **Wolfgang Vogel** führten **Konrad Wendlandt**, **Hans-Peter Höcker**, **Egon Groß** und **Horst Kramp** als Vertreter der Lärmschutzinitiativen Bruck und Südwest in Berlin ein Gespräch mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium **Iris Gleicke**.

Die Vertreter der Bürgerinitiative nutzten in einem fast zweistündigen Gespräch die Gelegenheit ausführlich die problematische Verkehrs- und Lärmsituation entlang der Autobahnen in Erlangen zu schildern und konnten damit ihre Anliegen und ihre Vorschläge zum Lärmschutz an entscheidender Stelle direkt vortragen.

An dem in einer äußerst konstruktiven Atmosphäre verlaufenden Gespräch nahmen auch Ordnungsreferentin **Marlene Wüstner** für die Stadt Erlangen, Stadtrat **Florian Janik** für die SPD-Stadtratsfraktion, sowie die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexpertin **Heide Mattischeck** und der CSU-Bundestagsabgeordnete **Stefan Müller** teil.

"Alle Gesprächsteilnehmer waren sich über den dringenden Handlungsbedarf zur Umsetzung von Lärmschutz einig. Gemeinsames Ziel sind effektive Maßnahmen bei der A3 und der A 73 - dazu gehört auch die Überdeckung", fasst Wolfgang Vogel ein wichtiges Ergebnis des Gespräches zusammen. Die Umsetzung dieses Zieles stand im Mittelpunkt des Gesprächs.

Dabei wurde die Notwendigkeit klar, dass im Zuge der geplanten Ausbau-

arbeiten der A3 dem Teilstück zwischen der Rastanlage Aurach und dem Autobahnkreuz Fürth-Erlangen im Bundesverkehrswegeplan vordringlicher Bedarf (statt "weiterer Bedarf") eingeräumt wird. "Im Zuge des vordringlich durchgeführten Ausbaus könnten dann gleichzeitig effektive Lärmschutzmaßnahmen zum Wohle der lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger angegangen werden", so Stadtrat Florian Janik.

Von Seiten des Bundesverkehrsministerium wurde bei diesem Punkt Verhandlungsspielraum signalisiert und eine eingehendere Prüfung der derzeitigen Sachlage zugesichert. Staatssekretärin Gleicke kündigte an, sich im ersten Quartal des nächsten Jahres (2004) im Rahmen eines Besuches in Erlangen persönlich vor Ort ein Bild zu machen.

Auch hinsichtlich der Einhausung der A73 wurde von Seiten des Ministeriums zugesichert, die Voraussetzungen für die Durchführung zu prüfen. Als erfolgreiches Beispiel dient hier Regensburg.

"Das Regensburger Modell ist der Nachweis dafür, dass durch eine Zusammenarbeit von Bund, Land und Kommune auch die Finanzierung möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist", so Vogel. "Was in Regensburg möglich war, muss auch in Erlangen möglich gemacht werden", so der Abgeordnete weiter, der hier vor

allem auch die Stadt Erlangen in ihrer Verantwortung sieht.

Zusammen mit der SPD-Stadtratsfraktion fordern deshalb Vogel und Janik von der Stadt Erlangen bereits jetzt für den Lärmschutz - ähnlich wie für andere Verkehrs-Großprojekte - konkrete Bau- und Planungskostendarstellungen zu entwickeln und in die Ausschussberatungen einzubringen.

Zusätzlichen Rückenwind erhoffen sich die Erlanger auch von einem von der Bundesregierung geplanten Lärminderungsprogramm, das bis Mitte nächsten Jahres aufgelegt werden soll. Geplant ist, so die Information aus dem Ministerium, auch bestehende Straßen mit in das Förderprogramm aufzunehmen.

"Hier muss die Stadt Erlangen rechtzeitig aktiv werden, um auf der Prioritätenliste vorne dabei zu sein und die entsprechenden Mittel abzurufen. Dieses Anliegen wissen wir bei Frau Wüstner in guten Händen", so Vogel, der sich insgesamt über den Verlauf des Berlinbesuches erfreut zeigt.

"Wir nehmen zwar noch keine konkreten finanziellen Zusagen mit nach Hause, aber wir sehen, es kommt Bewegung in die Sache. Insofern war es wichtig, unser Anliegen direkt beim Ministerium einzuspeisen", so Vogel.



die Berlin-FahrerInnen

Ordnungsreferentin Marlene Wüstner (Mitte)



## Gespräche im Verkehrsministerium zur Erlanger Verkehrs- und Lärmproblematik - Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen sondiert



Wolfgang Vogel und Staatssekretärin Iris Gleicke



## Kontakt

### Kreisverband:

**Vorsitzender: Robert Thaler**

Tel.: 09131-8126522

Fax: 09131-8126513

E-Mail: buero@spd-erlangen.de

Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

### Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr

Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr

Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:

Karin Franke - Geschäftsführung

### Fraktion:

**Vorsitzende: Gisela Niclas**

Tel.: 09131-862225

Fax: 09131-862181

E-Mail: SPD@erlangen.de

Internet: www.erlangen.de

### Bürozeiten:

Montag bis Donnerstag 10 - 12.00 Uhr

Ansprechpartner:

Christian Pech